

die Situation, die durch die Konstitution des Bundes entstanden ist, zu thematisieren. Was heißt das konkret: Wir sind „Kirche in der DDR“? Ich will kurz sagen, diese beiden Papiere sind sehr kritisch. Das dürfte dann auch der Grund sein, was ich nicht gutheißen kann, daß sie nie veröffentlicht worden sind. Die Formel war so etwas wie ein Plakat nach außen, und wir haben nun außerdem noch die Papiere, in denen das steht, was mehrheitlich – jedenfalls in diesem Ausschuß – zum Thema gedacht worden ist, auf dem Tisch liegen und haben mit dem Problem zu tun, daß offenbar die Kirche nicht stark genug war, das wieder zusammenzubringen.

Noch ein Detail zu dem Status dieses Papiers. Mir ist erzählt worden, man habe es dann der Synode des Bundes vorgelegt, habe aber große Angst gehabt, daß die anwesenden Staatsvertreter es in die Hand bekämen, weshalb jeder Synodale es in einem geschlossenen Umschlag auf den Tisch gelegt bekommen habe. Es ist den Synodalen bekannt gemacht worden, aber man hat nicht einmal den Mut gehabt zu einer nicht dirigierte innerkirchlichen Öffentlichkeit. Obwohl, wenn das Papier eine größere Verbreitung gefunden hätte, wir sehr viel mehr von den Klärungsprozessen hätten durchlaufen können, die nötig gewesen sind und die, das muß ich nun auch noch sagen, in bestimmten Räumen der evangelischen Kirche auch immer betrieben worden sind, namentlich an den Kirchlichen Hochschulen, auch an den Evangelischen Akademien zum Teil. Der langen Rede kurzer Sinn: Wir haben mit dieser Formel einen Preis der Unklarheit geliefert, den wir lieber nicht hätten zahlen sollen. Ich habe immer die Meinung vertreten, mit „Kirche in der DDR“ wären wir viel besser gefahren. Aber die Behauptung, daß dieser Name nun für das stehen könne, was in der Kirche mehrheitlich gedacht und gesagt worden ist, diese Behauptung, die dann manchmal, wenn es auf Schlagzeilenniveau kommt, in die Welt gesetzt wird, der kann man getrost widersprechen. Dazu sind nun diese beiden Dokumente auch ganz hilfreich.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Krusche, Sie gehörten zu den Architekten oder zumindest zu denjenigen, die bei der Gründung des Bundes mit dabeigewesen sind. Sie galten und gelten bei vielen unter uns als ein sehr integerer Mann, der die Klarheit in der Sprache gewählt hat, und Sie haben in diesem schon von mir vorher erwähnten Vortrag 1991 den Satz gesagt: „Kirche im Sozialismus war ein Weg, der erst im Gehen zum Weg geworden ist.“ Das heißt, zu Beginn dieses Weges und zu Beginn des Begriffes ist offensichtlich Ihnen und anderen der Weg, den Sie zu gehen hatten, noch nicht deutlich genug gewesen. Ob Sie uns ein bißchen von diesen Erfahrungen, die Sie gemacht haben, erzählen?

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Ich kann kein Heldenepos erzählen. Ich würde vielleicht unter die Anpasser gezählt. Ich gestehe, ich hatte einige Mühe, heute bei manchem zuzuhören, aber nun habe ich bis zum Schluß warten müssen. Es war eine ziemliche Strapaze für mich. Der Weg im Sozialismus

war natürlich längst zu gehen, ehe es die Formel gab. Das möchte ich erst einmal sagen. Wir waren „Kirche im Sozialismus“ nicht erst, seit es die Formel gegeben hat, sondern wir waren „Kirche im Sozialismus“ selbstverständlich seit Gründung der DDR. Natürlich hatten sich schon Wegerfahrungen gezeigt, die man gemacht hat. Ich gehöre ja zu den seltenen Exemplaren, die aus der Bundesrepublik 1954 in die DDR eingewandert sind. Ich war Assistent an der Universität in Heidelberg und bin hier hinübergegangen mit Frau und einem eineinhalb Jahre alten Kind, nicht, weil die DDR so schön war, sondern weil der Bischof rief, und damals hörte man noch auf Bischöfe. (Heiterkeit)

Ich kam nach Dresden, weil ich mir sagte: Ein Pfarrer, der das Wort Jesu zu verkündigen hat: „Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit“, kann nicht am ehesten danach trachten, wo es ihm am besten geht. Wir sind in die DDR gegangen. Damals gab es noch keine Ostzuschläge. (Heiterkeit) Und keine Prämienzusagen für die Karriere, sondern wir mußten unseren Umzug selbst bezahlen. Das muß ich sagen: ich bin als ausgesprochener Antikommunist in die DDR gegangen. Ich hatte das Bild der DDR, wie es hier in der Bundesrepublik, in der Presse usw. da war, und ging trotz dieses Bildes hinüber. Das war eine Entscheidung aus Glaubensgehorsam. Die entscheidendste Entscheidung meines Lebens. Es wäre sonst das Leben sehr anders gegangen. Die erste Erfahrung auf diesem Weg in Dresden war 1954 die Einführung der Jugendweihe. Ich weiß noch, wie Bischof Noth alle 1.200 sächsischen Pfarrer nach Dresden einlud und fragte, ob wir das wollten: Entweder – oder. Entweder Jugendweihe oder Konfirmation. Und sie haben alle gesagt: Jawohl, entweder – oder. Nur einer, ein Halbjude, rief in die Kirche, ich höre es heute noch: „Seid barmherzig.“ Er wußte, was da folgen würde. Ich bin dann noch vier Jahre in Dresden Pfarrer gewesen und habe den Kampf miterlebt. Die Erfahrung, daß zwar ein kleiner Teil sehr tapfer geblieben ist und dieses Entweder-Oder angenommen hat, daß aber im Verlauf von fünf Jahren die Konfirmation kaputt war und 90 oder 95 Prozent aller Schulabgänger dann an der Jugendweihe teilnahmen, war eine so schockierende Erfahrung, die sich für meine Generation in einer so lähmenden Weise ausgewirkt hat. Wir waren der Meinung: hier hat die Kirche einmal gestanden. Hier hat sie vor das Entweder-Oder gestellt, und die Gemeinden haben sie im Stich gelassen, sie sind nicht gefolgt. Wir standen als die Blamierten da. Wir mußten einen Schritt um den anderen zurückgehen. Ich weiß noch, wie manche unserer Pfarrer damals von denen, die dann zur Konfirmation gehen wollten, nachdem sie jugendgeweiht worden waren, verlangten, daß sie die Urkunde öffentlich verbrannten. Das hat es gegeben. Dann mußten wir Schritt um Schritt zurückgehen, so daß immer, jedenfalls dann, als ich in der Leitung der Kirchen war, die Frage kam: Können wir das eigentlich den Gemeinden zumuten? Gehen sie mit oder nicht? Sie haben uns spürbar im Stich gelassen. Von daher hat jedenfalls für die Entscheidung in

meiner Generation immer diese Frage eine Rolle gespielt: Ist das zumutbar, gehen sie diesen Weg mit, diesen schweren Weg? Das müssen Sie vielleicht ein bißchen mitbedenken. (Beifall)

Heute frage ich manchmal, ob unsere Entscheidung richtig war mit dem Entweder-Oder, jedenfalls in dieser Situation für Jugendliche, ob sie nicht woanders hätte gestellt werden müssen. Aber damals haben wir es versucht. Das hat sich lähmend ausgewirkt, und ich erinnere mich an Johannes Hamel, den ich damals noch für den „roten Hamel“ hielt – das muß man sich einmal vorstellen! Inzwischen sind wir kritische Freunde geworden –. Hamel hat damals das schöne Bild gebraucht, er sähe die Kirchenleitung wie Offiziere mit geschwungenem Säbel gegen den Feind losziehen und hinten säße die Mannschaft und schaue aus dem Schützengraben. „Donnerwetter, die wagen ja was“, aber sie sind nicht mitgegangen. Diese Situation war immer im Kopf bei allen Entscheidungen: Gehen sie mit? Ich habe auch noch Antworten oder Fragen des Staatssekretärs im Ohr: „Für wen reden Sie eigentlich? Wen haben Sie denn hinter sich?“ Und dann – ich will nicht viel weiter erzählen – wurde ich Bischof. Ich habe nie an so etwas gedacht und war nicht darauf vorbereitet, hatte keine Ahnung, wie die Synode funktioniert. Wenn ich nach vorn an das Pult gehen mußte, zitterte ich, weil sie ein goldenes Wort erwarteten. Ich hatte nur ein hölzernes. Dann meine erste Amtshandlung, die allererste, das will ich Ihnen doch erzählen, weil sie mit Erfurt zusammenhängt. Mit diesem Haus hier hängt sie zusammen. Ich machte meine Antrittsbesuche. Den ersten machte ich beim Staatssekretär, der mich fragte, was für eine Vision von Kirche ich habe. Ich sagte: „Eine, die nicht in der marxistischen Dogmatik vorkommt, nämlich eine Kirche, die nicht gegen Sie ist.“ Dann kam ich hierher. Man muß sich einmal klarmachen, was für eine Zeit das Jahr 1968, in dem ich Bischof wurde, war: Es war das Jahr des Einmarsches in die CSSR, der Sprengung der Leipziger Universitätskirche, die mich bis heute so bewegt, daß ich noch nicht wieder nach Leipzig fahren kann. In einem Dokument aus diesen Tagen, das mir kürzlich zugeing, las ich wieder, daß der Stellvertreter für Inneres des Rates des Bezirkes erklärte: „Krusche verhielt sich so aggressiv, daß ich ihn nach fünf Minuten rausgeschmissen habe.“ Als Anpasser zu gelten, tut weh. Ich mußte also 1969 hier in Erfurt in diese Etage hoch. Die DDR war ja völkerrechtlich noch nicht anerkannt. Der Vorsitzende des Hohen Hauses sagte mir: „Herr Bischof, Sie sind doch selbstverständlich für die Anerkennung der DDR, insbesondere durch die Bundesrepublik?“ Ich habe ihm gesagt: „Ja, ich bin für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, aber nicht insbesondere durch die Bundesrepublik, sondern da gibt es ein ganz besonderes Verhältnis, was gesondert zu regeln sein wird. Ich bin kein Diplomat“, habe ich gesagt, „aber es wird da Briefe geben“, wie es dann auch gekommen ist. Ich war damals also ein Prophet. Dann habe ich die Unvorsichtigkeit begangen zu sagen: „Herr Vorsitzender, es gibt doch nur einen Grund für die Westmächte,

die DDR nicht anzuerkennen: Weil Sie nicht frei gewählt sind. Es ist doch für Sie kein Risiko, Sie haben doch 95/96 Prozent. Das ist also kein Problem.“ Dieses Gespräch wurde noch nicht abgebrochen, aber mein nächster Besuch in Halle beim Rat des Bezirkes wurde abgesagt. Einen solchen Bischof empfangen man nicht. Aber ich verteidige noch heute, und das würde ich zu Frau Schmoll gesagt haben, daß ich es nicht für ein Verbrechen halte, daß Kirchenleute in der DDR für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die anderen Staaten waren. Ich tue keine Buße dafür, daß ich nicht so gedacht habe wie Sie. (Beifall)

Diese ganze Geschichte hatte schwere Folgen. Ich durfte eineinhalb Jahre nicht ausreisen, bis dann Bischof Schönherr vermittelte und beim Staatssekretär fragte, ob das Verhältnis zu mir nicht wieder normalisiert werden könne. Da wurde mir in einem erneuten Gespräch in diesem Hause noch einmal die Frage vorgebracht: „Herr Bischof, Sie sind doch dafür, daß die DDR völkerrechtlich anerkannt wird, insbesondere durch die Bundesrepublik?“ Und ich habe wieder Nein gesagt. Das wurde ganz schwierig, ich habe es noch in Erinnerung. Da hat Bischof Schönherr gesagt – und auch das sage ich öffentlich, weil wieder erzählt worden ist, wir hätten in der Ökumene, auf ökumenischen Begegnungen, die DDR-Politik vertreten -: „Bischof Krusche hat nächstens in der Vollversammlung der Konferenz europäischer Kirchen einen Hauptvortrag zu halten. Vielleicht kann er dazu etwas sagen.“ Da habe ich gesagt: „Das ist möglich, aber wenn ich hier mit einem Auftrag gehen sollte, dann sage ich heute noch meinen zugesagten Vortrag ab. Mit einer Auflage werden Sie mich nicht ins Ausland gehen sehen.“ Ich habe dann dort einen Satz gesagt. Ich bin eingetreten für eine Zusammenkunft der europäischen Staatsoberhäupter, längst vor Helsinki, an der alle Staaten gleichberechtigt teilnehmen können müßten – mehr nicht. Das hatte ich ja vorher auch schon gesagt. Das wurde dann von der DDR für ausreichend anerkannt, und man redete wieder mit mir. Dann mußte ich vor der Synode erstmalig die künftige Ordnung des Bundes erklären. Der bestand noch nicht. Ich kam gerade in den Entstehungsprozeß hinein. Ich hatte die Verhandlungen nicht mitgemacht, wußte gar nicht, was vorausgegangen war. Ich habe die Gründung des Bundes bejaht mit drei Formulierungen:

1. Es lag eine staatliche Nötigung vor deswegen, weil die neue Verfassung eine Kirche in der DDR, über die auch nicht in der DDR wohnende Bürger würden mitbestimmen können, ausschloß.
2. Es gab auch eine praktische Notwendigkeit, die damit zusammenhing, daß die EKD keine Leitungsfunktion mehr wahrnehmen konnte. Seit dem Militärseelsorgevertrag wurde es immer schwieriger. Die Ratsmitglieder, die aus der DDR stammten, durften nicht hinüber, die anderen durften nicht herüber. Es gab keine gemeinsame Synode. Eine wirkliche Wahrnehmung von Kirchenleitungen war nicht mehr möglich. Das war das zweite.

3. Das war die geistliche Notwendigkeit – nun sage ich wieder etwas ganz Böses, aber das ist mir egal. Nachdem wir eingesehen hatten, daß nach dem Mauerbau von seiten der Westmächte nichts geschah und wir preisgegeben wurden an das sowjetische politische System, wurde klar: Diese DDR ist kein Interim, kein Intermezzo, sondern wir haben uns dauerhaft auf die Situation hier einzustellen. Denn das war unser Grundsatz: Wer anderen das Evangelium mitteilen will, muß mit ihnen die Situation teilen, und zwar ganz und gar.

Nun kam die berühmte Formel. Aber dieser Weg war schon gegangen. Die Formel ist ganz sicher eine Kurzformel, ein Kürzel, sie ist mißverständlich – dazu ist genug gesagt worden. Aber wir haben sie interpretiert. Und das muß man jetzt doch einmal sagen, wie wir sie interpretiert haben. Das habe ich heute noch nicht gehört. Wir haben, ich jedenfalls und viele mit mir, sie so interpretiert: „Kirche im Sozialismus ist eine gesellschaftliche Ortsbeschreibung“, eine gesellschaftliche, nicht bloß eine geographische DDR. Und darum ist die Frage: Warum nicht Kirche in der Marktwirtschaft? gar nicht so unangemessen, denn es gab ja dauernd die Gegenformulierung „Kirche im Sozialismus“ oder „Kirche im Pluralismus“. So hieß es meistens. Der Pluralismus ist zwar der Ausdruck für Vielfalt, aber er läßt die Dominanz des Wirtschaftlichen nicht erkennen. Wir haben gesagt: „Kirche im Sozialismus“ heißt, daß wir jetzt nach Gottes Willen in dieser Gesellschaft und diesem Staat leben, für den sich der Begriff Sozialismus eingebürgert hat, und daß wir diesen Raum als die uns von Gott zubestimmte Situation der Bewährung unseres Glaubens, unseres Auftrags in dieser sozialistischen Gesellschaft annehmen. Wir wollten diese Gesellschaft nicht ohne das beste lassen, was es gibt, nämlich ohne das Evangelium. Darum ist diese Formel zunächst einmal eine provokatorische Formel gewesen, denn die Kirche hatte im Sozialismus nichts zu suchen. Wir erklärten: „Wir haben die Absicht, hier zu sein, und wir haben die Absicht, hier das Evangelium zu verkündigen und uns einzumischen mit dem Evangelium.“ Und darum hat Heino Falcke sehr recht, wenn er diese Formel für eine Konfliktformel erklärt hat. Denn wer in der DDR den Auftrag, das Evangelium zu verkündigen, übernommen hatte, der wußte, daß er damit in Konflikte gerät. Und Heino Falcke hat dann gesagt, daß das nicht eine Zustandsbeschreibung für den Status quo war. Das ging doch schon aus der nächsten Synode, wo Heino Falcke sein Referat gehalten und von der Kirche im „verbesserlichen Sozialismus“ geredet hat, hervor. Wie das heute klingt: „verbesserlicher Sozialismus“! Damals klingelten bei diesem Wort beim ZK sämtliche Alarmglocken, denn das war eine Losung, die aus der CSSR kam. Falckes Vortrag durfte in der DDR nicht gedruckt werden. Die Synode hat lange gewackelt. Es wurde verlangt, daß dieser Vortrag als nicht gehalten erklärt wurde. So war das. Vom „verbesserlichen Sozialismus“ hat Falcke doch nicht gesprochen, weil er im Sozialismus so wunderbare Erfahrungen

gemacht hätte, daß er ihn für „verbesserlich“ gehalten hätte, sondern weil er diesen Sozialismus unter der Herrschaft des dreieinigen Gottes wußte und darum Hoffnung für ihn hatte. Darum, nicht aus den Erfahrungen, die er mit ihm gemacht hatte, ist diese Hoffnung erwachsen. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Ich würde gerne jedem von Ihnen noch einmal eine Möglichkeit geben zu reagieren. Sie haben jetzt alle fünf geredet, und ich könnte mir vorstellen, daß dieser oder jener, wenn es irgend geht, knapp, aber ruhig provokatorisch sagt: „Hier muß ich widersprechen“ oder „Hier muß ich noch einmal ergänzen“. Ich habe schon einige Wortmeldungen hier, so daß wir dann das Gespräch eröffnen. Bruder Leich.

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Ich möchte gerne etwas zu Professor Besier sagen. Sie haben gesagt, es gäbe Schlüsselereignisse und Schlüsselaussagen, die die Affinität der evangelischen Kirchen zum System des Sozialismus belegen. Ich will zuvor sagen, daß ich mich in einer ganz schwierigen Situation befinde. Wenn uns Vorwürfe in solcher Richtung gemacht werden und wir dagegen sprechen, erscheint das immer so, als wollten wir uns selbst rechtfertigen, als seien wir zu verstockt, um zuzugeben, was wir falsch gemacht haben. Im Grunde genommen wäre immer die gefälligste Antwort: „Ja, du hast recht.“ Aber das kann ich nicht. In der Sache muß Klarheit herrschen. Nun ist ganz gewiß die Beurteilung von Schlüsselereignissen oder -aussagen eine subjektive Sache. Jeder hat auch das Recht, diese Wertungen zu setzen. Nur steht dem folgendes entgegen: Wir haben in der gesamten Zeit der organisatorischen Trennung von EKD und Bund der Evangelischen Kirchen zwei Gremien gehabt, die von beiden Seiten in engster Weise paritätisch besetzt beraten haben. Das war die Beratergruppe, die sehr geheim gearbeitet hat. Ich habe übrigens immer nur Kurzprotokolle verfertigt, die auch nie von der Beratergruppe bestätigt wurden, sondern das hat immer der Sekretär gemacht, der dabei gewesen ist. Das war die Konsultationsgruppe, in der jede Landeskirche Ost und West möglichst durch eine Person vertreten war. Ich war in beiden Gremien. Ich habe nicht ein einziges Mal erlebt, daß der Eindruck entstanden sein könnte, es werde von den Brüdern aus der DDR, den Brüdern in der Bundesrepublik abverlangt, einen anderen Weg zu gehen, einen Weg, der unserem angeglichen wäre. Ich erinnere mich noch sehr genau an die leidenschaftliche Debatte um die Frage, ob es eine eigene DDR-Nationalität gäbe. Wir hatten damals einen Staatsrechtler aus der Bundesrepublik, der uns einen Vortrag darüber gehalten hat. Da war uns völlig klar, daß jeder seinen eigenen Weg gehen mußte und vor den anderen zu verantworten hatte. Wir waren auf der DDR-Seite durchaus nicht für die DDR-Nationalität. Aber das war unter uns ein ungeschriebenes Gesetz. Jeder achtet die Meinung des anderen, wir reden offen darüber, aber wir erkannten an, daß jede Kirche in einer anderen gesellschaftlichen Formation